

Mit voller Wucht gegen Arbeitslose

Die Regierung attackiert mit voller Brutalität erwerbslose Menschen. Das ist nicht überraschend, sondern Programm. Verbunden mit dem leidigen Schüren der „Sozialschmarotzerdebatte“ ist das von der schwarz-blauen Regierung zu erwarten gewesen. Es ist Teil rechter und rechtsextremer Politik. Die Grauslichkeiten der Regierung und wer davon profitiert.

Seite 2

Italien: Wie weiter nach den Wahlen?

Die Wahlen am 4. März haben die bisherige Regierung abgestraft. Mehr als 50% der Stimmen gingen an Anti-Establishment Parteien. Welche Regierungskoalition entstehen wird, oder ob Neuwahlen kommen, ist offen. Christine Thomas von Resistenza Internazionale erklärt, warum der Aufbau einer kämpferischen antikapitalistischen Alternative nötiger ist denn je.

Seite 12

Schwerpunkt

Bei der Konferenz der SLP von 16.-18. März 2018 wurde über die Lage in Österreich diskutiert. In diesem Schwerpunkt geben wir Auszüge aus der beschlossenen Resolution wieder.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 266 | 04.18

Regierungspläne: Jetzt droht Sozialabbau!

ÖVP-Finanzminister Löger präsentierte am 21. März das Regierungsbudget für die kommenden zwei Jahre. Es enthält Angriffe auf Erwerbslose, MigrantInnen, PensionistInnen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Es handelt sich um die Fortsetzung und Radikalisierung des von der rot/schwarzen Vorgängerregierung beschlossenen Stabilitätspaktes. Dieser im Jahr 2012 beschlossene Pakt verpflichtete Bund, Länder und Kommunen zu Einsparungen. Das Programm von



Manier Spitzenposten für FreundInnen der Regierungsparteien geschaffen. Für das Jahr 2020 wird eine Steuerreform angedroht. Hier sind Steuer geschenke für die Reichen und die österreichischen Großkonzerne geplant, für die wir mit weiteren Einschnitten zahlen sollen. Außerdem plant die Regierung eine Pensionsreform – ein schönes Code word für Angriffe auf unsere Altersversorgung. Die Pläne der Regierung sind eine Kampfansage. Beantworten wir sie mit entschlossenem Widerstand!

Christian Bunke

Das neue Budget kürzt bei den Armen und bringt Spitzenjobs für die FreundInnen der Regierungsparteien.

schwarz/blau baut darauf auf.

Bis 2019 soll die „schwarze Null“ stehen. Damit sind massive Kürzungen im österreichischen Sozialsystem gemeint. Eini-

ge Eckpunkte: Bei Langzeitarbeitslosen werden 600 Millionen Euro eingespart. Das Eintrittsalter für Altersteilzeit wird um zwei Jahre angehoben. Bei öffentlichen Dienstleistungen fällt eine Milliarde

weg. Förderungen werden um 190 Millionen gekürzt. Das wird zahlreiche soziale Vereine und die Kultur betreffen. Durch Kürzungen bei Familienbeihilfe und anderen Sozialleistungen werden 2,5 Milliarden gestrichen. Das AMS-Budget für Integration wird um 1/3 gekürzt. Flüchtlingen wird die Grundversorgung gekürzt. All diese Angriffe führen zu steigender Armut und Perspektivlosigkeit. Menschen werden

in die Ecke und die Kriminalität gedrängt. Die Regierung verstärkt die Probleme, die sie vorgibt, mit mehr Überwachung und Repression zu bekämpfen. Während überall anders Personal gekürzt wird, bekommt das Innenministerium 2.000 zusätzliche PolizistInnen.

Die MinisterInnenkabinette sind im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gewachsen. So werden in Freunderlwirtschaft-

Die SLP fordert:

- Nein zu den Kürzungen. Für den gemeinsamen Kampf aller Betroffenen!
- Alle Angriffe müssen abgewehrt werden. Es gibt kein gutes Sparpaket!
- Gewerkschaften in die Offensive: Massendemonstrationen und Streiks sind nötig!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Dass Glawischmig bei Novomatic anheuert, zeigt v.a., dass die Grünen längst eine normale kapitalistische Partei sind. Ihre FunktionärInnen tun, was normale kapitalistische Parteien tun: Sie sind ErfüllungsgehilfInnen für Wirtschaftsinteressen, siehe auch Heumarktprojekt in Wien. Insofern hat Glawischmig also gar nicht die Seiten gewechselt. Wenn im April eine Delegation aus den Spitzen von Regierung, Staat und Wirtschaft nach China reist, geht's auch darum. Wenn es enge Verbindungen zwischen Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und diversen Parteien gibt, ebenfalls.

Weil nämlich „die Politik“ nicht unabhängig ist. „Die Politik“ holt sich „Leute aus der Wirtschaft“. Klar, die wissen genau, was Unternehmen brauchen, um mehr Profite machen zu können. Und „die Wirtschaft“ holt sich abgehalfterte PolitikerInnen.

Wirtschaft und/oder Politik

nen wegen ihrer Kontakte. Das ist alles ganz „normal“. Weil nämlich so getan wird, als ob es ein gemeinsames Interesse aller gäbe. Zusammengefasst wird das im Propaganda-Mantra „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut.“ Die Realität von steigenden Gewinnen bei sinkenden Reallöhnen und erhöhtem Arbeitsdruck zeigt, dass es sich dabei schlicht um eine Lüge handelt. Menschen, die nichts haben, was sie verkaufen können, die also auf einen Job angewiesen sind, um ihr Leben zu finanzieren, haben andere Interessen und Bedürfnisse, als jene, die Immobilien, Betriebe und Millionen auf der Bank besitzen.

Aber halt, im Parlament sitzen ja jene, die aus einem solchen normalen Leben kommen, ja sogar GewerkschafterInnen. Das stimmt, doch sie haben durch Jahre von Privilegien und hohen Bezügen die Seiten gewechselt. Es ist nicht „die Politik“ die korumpiert, sondern brave, angepasste Politik als Teil des Systems. Mein Vorschlag als erste Gegenmaßnahme: Durchschnittsgehalt für PolitikerInnen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Wo hängt die „soziale Hängematte“?

Es soll davon abgelenkt werden, wer wirklich auf unsere Kosten gut lebt. Für die Elite hat schwarz-blau genug Geld. Neben Steuergeschenken für Unternehmen und Superreiche vergibt die Regierung zahlreiche stressfreie, aber gutbezahlte Superjobs, während Arbeitslose als „Durchschummler“ bezeichnet werden (Kurz). Die Ministerbüros sind größer denn je, hier gibt es hochbezahlte Sonderverträge ohne Ausschrei-

bung, Qualifizierung, Stellenplan und Arbeit. Burschenschaftler Franzmayr bekommt 317.368 Euro, weil er 2011 nicht Sektionschef wurde und seitdem als Rechtsanwalt und Welser Magistratsdirektor darben musste. Jetzt wurde er Aufsichtsratschef der Asfinag. 1,8 Millionen Euro bekommen Unternehmen alleine im jüngsten Förderprojekt (Elektromobilität) des Verkehrsministers, für automatisiertes Fahren erhalten sie 20 Millionen.



Mit voller Wucht gegen Arbeitslose

600 Millionen sollen beim Arbeitsmarktservice (AMS) gekürzt werden. Das ist erst der Anfang und betrifft die „aktive Arbeits-

blick auf Effizienz und tatsächlicher Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt“ – also Ausbau der Schikanen und Sperren. Krank-

liglohnjobs ohne Rechte oder gar unbezahlte Arbeit. Das Arbeitslosengeld „neu“ soll samt Notstandshilfe im Lauf der Zeit immer weniger werden. Jobs werden so nicht geschaffen, aber Armut ist damit vorprogrammiert. Die Beitragsdauer soll berücksichtigt werden. Das heißt, die Höhe ist davon abhängig, wie lange man eingezahlt hat. Das kommt einer Komplett-Abschaffung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe ihrem Wesen nach gleich. Es wird zu einer Art Sparbuch. Junge, die keinen Job bekommen, Ältere, die als erste gekündigt werden, Langzeitarbeitslose oder MigrantInnen: Sie alle werden dadurch (noch weiter) in die Armut getrieben.

Sigi Lampl-Pröttner

Hetze und Angriffe gegen Arbeitslose sind Programm von Schwarz-Blau.

marktpolitik“ wie zB Integration von Flüchtlingen und Programme für Ältere und Langzeitarbeitslose. Das Regierungsprogramm geht viel weiter: „Zumutbarkeit reformieren“, Ausweitung der zumutbaren Wegzeiten, „Wirksamkeit der Sanktionen verbessern (insbesondere Sperrfristen)“, „Überprüfung und Überarbeitung aller Instrumente des AMS im Hin-

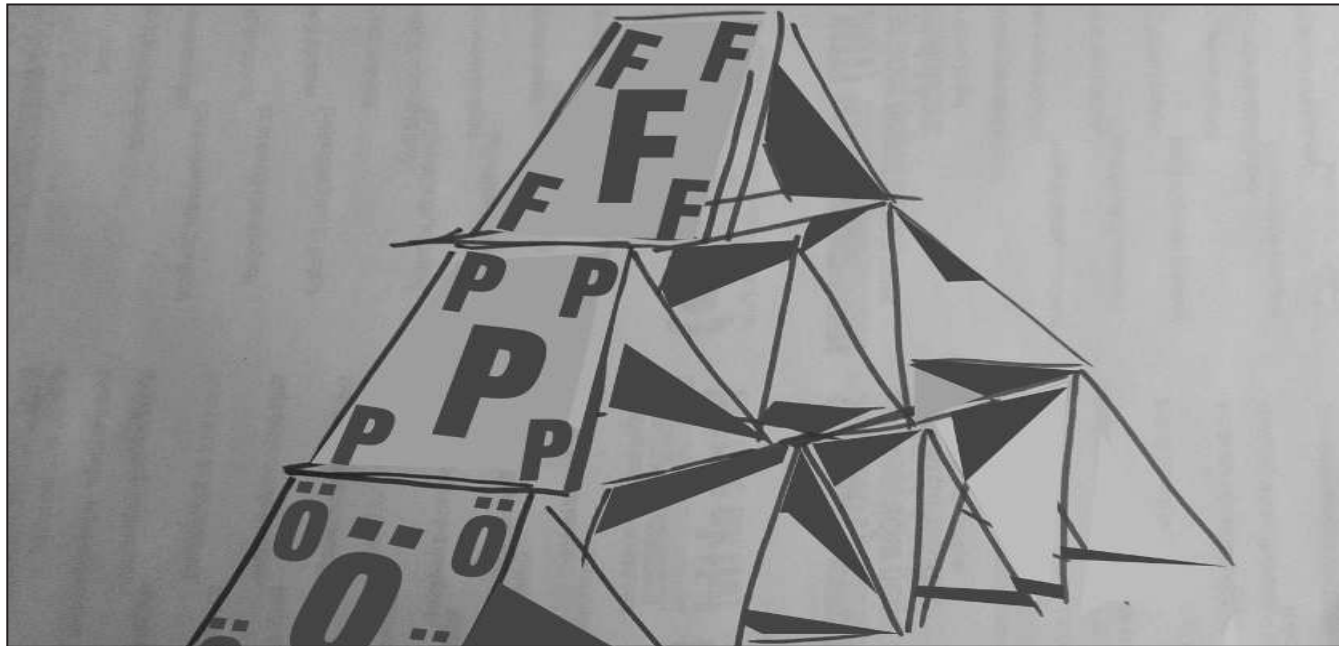
heit wird im Regierungsprogramm ausdrücklich pauschal als Sozialmissbrauch bezeichnet: „Keine Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs durch Krankenstände außer bei stationären Aufnahmen (Bekämpfung von Sozialmissbrauch)“. Schulungen sollen auf einen „konkreten Arbeitsplatz hin“ und in Unternehmen erfolgen. Das bedeutet: Bil-



Muss es Arbeitslosigkeit geben?

Je rechtloser und ärmer Arbeitslose sind, umso billiger müssen es alle geben. Löhne können dadurch gedrückt, Ausbeutung maximiert werden. Solidarität und gemeinsamer Kampf von Menschen mit und ohne Job ist also eine Notwendigkeit für alle. Es ist nicht nur genug Geld, sondern auch genug Arbeit da: Wir brauchen (nicht nur) im Bildungswesen, im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich dringend viel mehr

Beschäftigte. Wir brauchen dringend massive Arbeitszeitverkürzung für alle mit vollem Lohn und Personalausgleich. Wir brauchen Milliardeninvestitionen der öffentlichen Hand für leistbares Wohnen, Gesundheit, Bildung. Wir brauchen menschenwürdiges Arbeitsleben mit kürzerer Arbeitszeit, höheren Löhnen und sozialer Sicherheit für alle. Das Geld dafür ist bei Konzernen, Banken und Superreichen zu holen.



Gewitterwolken am blauen Himmel

Nicht einmal 100 Tage im Amt und schon die erste Anzeige wegen Amtsmissbrauch und ein Missbrauchsantrag – da wäre

Schnell und Rosenkranz. Dazu kommen unzählige kommunale Spaltungen. Das ist kein Zufall. Die FPÖ ist ein widersprüchlicher

halten, um die Gunst des Kapitals nicht zu verlieren, gerade angesichts der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft.

wird so immer schwieriger, das zeigt die Entmachtung von Sozialministerin Hartinger-Klein. Sie wollte FPÖ-WählerInnen nicht durch allzu brutale Angriffe gegen Arbeitslose vergraulen – doch der neoliberale Flügel pocht auf Vollgas. Hier liegt wohl die größte Sprengkraft: Viele haben die FPÖ auch gewählt, weil sie auf soziale Verbesserungen gehofft hatten. Bereits jetzt beginnen Zehntausende, ihren Irrtum zu erkennen. Schadenfreude darüber ist Fehl am Platz. Nur der konsequente Kampf gegen die Angriffe der Regierung und der Aufbau einer echten, antirassistischen Alternative, die die soziale Frage ins Zentrum rückt, kann die FPÖ langfristig besiegen.

Sebastian Kugler

Die Regierungsbeteiligung hat der FPÖ viel Macht gebracht – aber auch ihre inneren Widersprüche verschärft.

sogar Trump beeindruckt. Schon in den ersten Regierungsmonaten knirscht es heftig um und innerhalb der FPÖ. Es ist ein Mythos, dass die Rechten immer zusammenhalten. Die FPÖ ist die Parlamentspartei, die sich mit Abstand am öftesten gespalten hat: Die neonazistische NDP, das Liberale Forum, das BZÖ, und zuletzt die FLÖ rund um Ex-FPÖ Größen wie

Haufen: Da gibt es ideologisch gefestigte deutschnationale Burschenschafter wie Infrastrukturminister Hofer. Sie bilden das organisatorische Rückgrat und sind als Kaderschmiede unverzichtbar. Die Ultrarechten sind aufgrund ihrer Ideologie jedoch (noch) nicht das bevorzugte Regierungspersonal der Superreichen. Die FPÖ muss sie also in Schach

Die Blut-und-Boden-Ideologie vermischt sich mit jener neoliberaler TurbokapitalistInnen wie der neuen ÖBB-Aufsichtsrätin Kolm. Das kann zusammengehen – so spielt etwa der Burschenschafter Haimbucher im neoliberalen Think Tank Atterseekreis eine zentrale Rolle. Es wimmelt aber auch nur so vor KarrieristInnen und OpportunistInnen. Einheitliches Vorgehen

Es braut sich viel zusammen

„Burschenschaften haben mit der FPÖ nichts zu tun“ verkündete Strache unter Druck der Öffentlichkeit im Jänner. Die zahlreichen Burschenschafter in zentralen Machtpositionen in Partei und Staat hören das nicht gern. Sie betrachten Strache mit zunehmendem Misstrauen. Sie dulden ihn, solange er ihnen nützt. Sollte er sich weiter „anpassen“, ist es möglich, dass sie gegen ihn in die Offensive gehen.

„Direkte Demokratie“ war lange ein Schlagwort der FPÖ. Ihre Begeisterung dafür ist merklich abgekühlt, denn „Don't smoke“ und das Frauenvolksbegehren richten sich gegen ihre Pläne. Die trügerische Hoffnung vieler auf mehr Mitbestimmung durch „direkte Demokratie“ wird enttäuscht werden: Selbst wenn es mehr zum Abstimmen geben sollte – über Fragestellung und Umsetzung entscheiden immer noch die Herrschenden.

Die FPÖ versucht, zuerst MigrantInnen und Arbeitslose anzugreifen, um den Boden für noch allgemeinere Kürzungen zu bereiten. Die Hetze kann durch Selbstorganisation der Betroffenen bekämpft werden: Wenn sich die Sündenböcke auf die Füße stellen, können sie aufzeigen, wer wirklich an den Missständen schuld ist. Dafür braucht es aber auch breite Unterstützung, vor allem durch die

Gewerkschaften. Das ist auch im Interesse jener, die noch nicht direkt in der Schusslinie sind: Wer heute nicht von Kürzungen betroffen ist, wird es morgen schon sein – wenn sie nicht gestoppt werden. Es braucht deswegen von Anfang an einen allgemeinen Kampf gegen die Agenda dieser Regierung: mit Organisation in unseren Vierteln und Betrieben, mit Straßenmobilisierungen und mit Streiks.

Der rechte Rand

Die Tatsache, dass Martin Sellner und seine Identitären öfter mal die Fakten verdrehen, um Stimmung gegen Minderheiten zu machen, ist ja schon lange bekannt. Momentan versuchen die rechtsextremen AktivistInnen, auf die Diskussion um sexuellen Missbrauch aufzuspringen. In Anlehnung an #MeToo wurde der Hashtag 120 Dezibel ins Leben gerufen, unter dem Frauen aufgerufen werden, über ihre Erfahrungen mit sexueller Gewalt zu berichten. Wie nicht anders zu erwarten, wird dabei aber die feministische #MeToo Bewegung in erster Linie dazu genutzt, Stimmung gegen Migranten zu machen. In einem Video, welches vor allem in rechten Kreisen kursiert, kommen Identitäre Frauen zu Wort, die als „Töchter Europas“ vor sexueller Gewalt in Folge von Überfremdung warnen. Dabei wird jedoch verschwiegen, dass die Mehrzahl der sexuellen Übergriffe im familiären Umfeld stattfindet und in den meisten Fällen von Vertrauenspersonen begangen wird (ca. 90%), und nicht wie im Video beschrieben beim „Joggen im Park oder beim Warten an der Bushaltestelle“. Fraglich ist auch, ob Pfefferspray und Taschenalarm tatsächlich längst zur „Grundausrüstung der europäischen Frauen“ gehören. Die verlogene Kampagne hat somit den einzigen Zweck, Angst und Panik zu verbreiten. Statt Feminismus und Frauenrechte wollen die Identitären Frauen auf verstaubte Rollenklischees reduzieren. Frauen sind für sie Gebärmaschinen der Nation ohne Recht auf Selbstbestimmung – Frauenhäuser gelten ihnen nur als „Aufrissplatz“.

Daniel Krondraf

Am 22.2. führte die Universitäts- und College-Gewerkschaft UCU tausende Angestellte in 65 Universitäten in Britannien in den größten Unistreib des Landes. Grund ist eine geplante Pensionsreform, die die Pensionen an die Launen des Aktienmarkts ketten soll. Obwohl die Reform aktuell nur fix angestellte Unibeschäftigte betrifft, gibt es starke Beteiligung und Solidarität von ProfessorInnen, LektorInnen und Studierenden. Der Streik wird nicht stillschweigend abgesehen – sondern mit Kundgebungen und Demos auf die Straße gebracht. An den zahlreichen Streikposten, bei denen auch AktivistInnen der Socialist

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

Party (Schwesterorganisation der SLP) aktiv sind, gibt es alternative Lehrveranstaltungen, wo z.B. die Antiterrorgesetze behandelt werden und wie damit repressive Politik umgesetzt wird. Der Protest richtet sich längst nicht mehr nur gegen die Reform, sondern gegen die gesamte Kürzungspolitik im Bildungsbereich seit den 1990ern. Die ist verantwortlich für sinkende Reallöhne, steigende Studiengebühren und immer mehr unsichere Arbeitsverträge, die etwa die Hälfte der Uniangestellten betreffen. Die Studiengebühren machen die breite Solidarität noch beeindruckender, da die Studierenden mit ihrer Unterstützung für den Streik auch finanzielle Einbußen haben. Kurz vor Redaktionsschluss wurde ein fauler Kompromiss zwischen Gewerkschaftsführung und Arbeitgebern abgelehnt – durch Urabstimmungen, Demos und sogar Besetzungen der Verhandlungsräume. Der Kampf geht also weiter.

Thomas Hauer



Den Gewerkschaftsbund aufwecken!

Von 12.–14. Juni findet der ÖGB-Kongress statt. Vor dem Hintergrund der FPÖ-VP-Regierung ist die-

spitze sich nicht auf Widerstand vorbereitet, sondern wieder auf verhandeln setzt – obwohl längst klar ist,

Gemeinsam mit anderen planen SLP-AktivistInnen eine Kampagne hin zum ÖGB-Kongress. Wir wissen um die Zahnlosigkeit der ÖGB-Strukturen, doch ist das eine Möglichkeit, gemeinsam und laut für gewerkschaftlichen Widerstand aufzutreten. Wir wollen gewerkschaftliche Basisinitiativen, kämpferische BetriebsrätInnen, aktive Beschäftigte, aber auch antirassistische und feministische Initiativen zusammenbringen, um am Kongress ein deutliches Zeichen für einen Kurswechsel des ÖGB zu setzen – und als Ansatzpunkt für die Organisation einer kämpferischen Gewerkschaftsbasis.

Dazu werden wir im Vorfeld, aber auch während des Kongresses Unterstützung für eine Resolution sammeln, die zu entschlossenem Wi-

derstand gegen die Offensive von Regierung und Unternehmen aufruft.

Dafür schlagen wir folgenden erste Schritte vor:

- Gemeinsame Versammlungen aller betroffenen ArbeitnehmerInnen, um über die drohenden Angriffe zu diskutieren
- Österreichweite BetriebsrätInnen – und AktivistInnenkonferenz, um gemeinsame Aktionen zu beraten und zu beschließen.
- Ein österreichweiter Aktions – und Streiktag bis zum Ende 2018 als ersten Schritt, um die Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen abzuwehren

Christoph Glaninger,
aktiv bei „Sozial aber nicht blöd“
und der
BerufschülerInnenvereinigung

**Wir brauchen kämpferische
und demokratische
Gewerkschaften für den
Widerstand gegen Schwarz-Blau.**

ser Kongress wichtiger als sonst. Er muss genutzt werden, um die Gewerkschaftsbewegung zur Verteidigung unserer Rechte und gegen die Angriffe der Regierung zu mobilisieren. Doch der künftige ÖGB-Vorsitzende Wolfgang Katzian meint, dass er „lieber zum Heurigen als auf die Barrikaden“ geht. Das zeigt, dass die Gewerkschafts-

dass das die Angriffe nicht stoppt.

Aber wir können uns Abwarten nicht länger leisten. Während die Regierung Angriffe auf unsere Rechte vorbereitet, nutzen die Bosse den Rückenwind, um auf betrieblicher Ebene in die Offensive zu gehen. Wir müssen als Gewerkschaftsbasis selber Druck von unten aufbauen.



Angriffe auf Arbeitsruhe = Angriffe auf Gesundheit!

Neben der Tendenz zur Verlängerung der täglichen Normalarbeitszeit kommt auch die Möglichkeit zu Erholung (und Freizeit!) durch eine Verkürzung der Arbeitsruhe immer mehr unter Druck. Geht es nach der Bundesregierung soll im Tourismus die Arbeitsruhe auf acht Stunden reduziert werden. Im Sozialbereich kann seit dem jüngsten Kollektivvertragsabschluss die Arbeitsruhe nach einem 12-Stunden-

dienst mit Arbeitsbereitschaft ebenfalls auf acht Stunden reduziert werden.

Fast jederR spürt bei sich selbst: je älter man wird, desto größer wird das Bedürfnis, sich nach einem anstrengend Arbeitstag zu erholen. Ist ein Job körperlich anstrengend – etwa im Gastgewerbe wo man viele Speisen und Getränke tragen muss – und/oder psychisch belastend, geht die mangelnde Arbeitsruhe sehr schnell auf die

Gesundheit und oft ins Burnout. Ein langer Weg in die Arbeit und ein belasteter Biorythmus aufgrund der immer flexibleren Arbeitszeiten schränken die Erholungsmöglichkeiten zusätzlich ein. Unsere Gesundheit wird am Altar der Unternehmensprofite geopfert: Der ÖGB muss endlich in die Gänge kommen und mit den betroffenen Beschäftigten ernsthaften Widerstand organisieren.

Michael Gehmacher

Bundesweit für Frauenrechte aktiv!

Der Internationale Frauentag am 8. März sah die größten Proteste seit Langem. Tausende nutzten ihn, um gegen die frauenfeindliche Politik von Schwarz-Blau aufzustehen.

Bei der von der SLP initiierten Plattform „Nicht mit mir“ organisieren sich Frauen für einen antikapitalistischen Feminismus. Zum Frauentag haben sie erstmalig eine eigene Zeitung herausgebracht.

„Nicht mit mir“ organisierte eine Kundgebung auf der Mariahilferstraße in Wien. Aktivistinnen, darunter Betriebsrätinnen und Beschäftigte des Sozialbereichs, hielten Reden. Sie erzählten vom Streik in ihrer Branche, in der überwiegend Frauen für niedrige Löhne und oft in Teilzeit arbeiten. Das Recht auf Selbstbestimmung und die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruches war ebenfalls Thema einer Rede. Es kam zu zahlreichen Diskussionen mit PassantInnen, die sich auch in Listen eintrugen, um mehr Infos zu bekommen. Die darauffolgende Demonstration war mit mindestens 1.000 TeilnehmerInnen größer als die Jahre zuvor. Gemeinsam mit KollegInnen aus dem Sozialbereich und der Initiative „Aufbruch“ marschierte „Nicht mit mir“ als lautstarker Block mit.

Auch die Demonstration in Graz war mit über 1.000

TeilnehmerInnen die größte seit Jahren. Besonders stach die Rede einer Gewerkschafterin hervor. Sie zeigte auf, dass Frauen durch Berufstätigkeit und Hausarbeit doppelt belastet sind und eine Arbeitszeitverkürzung nicht nur nötig, sondern ein zentraler Punkt im Kampf gegen Frauenunterdrückung ist.

Die Demonstration in Linz war vom Protest gegen Kürzungen bei Fraueneinrichtungen geprägt. Die „Nicht mit mir“-Zeitungen kamen sehr gut an und brachten Spenden in Rekordhöhe ein. Auf der Demo wurden Kontakte geknüpft, um weiter für Frauenrechte aktiv zu sein. Bei einem Treffen die Woche danach wurden schon gemeinsam erste Aktivitäten rund um das Frauenvolksbegehren geplant.

In Salzburg erstellten AktivistInnen der SLP gemeinsam mit Sympathisantinnen ein Flugblatt, in dem sie darauf hinwiesen, dass weltweit Bewegungen für Frauenrechte entstehen.

Auch den Aktivistinnen der SLP in Vöcklabruck gelang es, eine sichtbare Aktion zu setzen. Sie trotzten technischen Schwierigkeiten und riefen ihre Forderungen ohne Lautsprecher einfach aus eigener Kehle lautstark über den Stadtplatz!

Jan Millionig



Proteste der BABE-Beschäftigten

Widerstand gegen die Regierung findet immer mehr abseits der großen Demos statt. In vielen Be-

3.000 Beschäftigte den Job kosten könnten. Dabei sind die Jobs in der Branche schon prekär genug

tionen auf die Bedrohung aufmerksam. In der Branche arbeiten zu 90% Frauen. Umso stärker springt

„3.000 Lehrende arbeitslos, Lernende den Kurs los, aber Polizei auf Pferden?“

reichen haben KollegInnen und AktivistInnen die Bedrohung erkannt und sich organisiert. So auch die Beschäftigten im „BABE-KV“, also VHS-Lehrende, AMS-TrainerInnen, DeutschlehrerInnen z.B. im Flüchtlingsbereich.

Sie stehen doppelt unter Beschuss: Die Arbeitgeber bewegen sich in den KV-Verhandlungen nicht. Und die Regierung plant Kürzungen beim AMS, die

mit wenig festen Anstellungen und mieser Bezahlung. Die IG DAZ („Deutsch als Zweitsprache“) hat hier schon eine ganze Serie von Protesten organisiert. Zum Auftakt der KV-Verhandlungen inszenierten sie einen Flashmob vor der GPA-Zentrale, um auch die Gewerkschaft wissen zu lassen: „Wir sind streikbereit!“. Schon vor der Budgetrede des Finanzministers machten Sie mit Ak-

ins Auge, dass die Regierung der reichen, weißen Männer vor allem hier kürzen will. Die SLP unterstützt die Proteste und war aktiv vor Ort. „Die Angriffe gehen uns alle an und so müssen wir sie gemeinsam zurückschlagen!“ SLP- und Sozial aber nicht Blöd-AktivistInnen betonten die Notwendigkeit, die Kämpfe von BABE und Sozialbereich zu verknüpfen.

Tilman M. Ruster

Internationalismus und Solidarität auf der SLP Konferenz



Die Konferenz der SLP von 16.-18. März stand ganz im Zeichen der Solidarität und richtete sich deswegen auch an den weltweiten Kämpfen der ArbeiterInnenklasse aus, und v.a. was Österreich daraus lernen kann. Dafür kamen auch einige internationale GenossInnen aus den verschiedensten Ländern: Polen, Deutschland, Schweden, Tschechien sowie von unserer Internationalen. Auch beteiligten wir uns gemeinsam an der De-

monstration gegen die Regierung. Die Diskussionen blieben aber nicht im luftleeren Raum, sondern orientierten sich ganz klar an der momentanen Situation in Österreich. Wie weiter vorgehen gegen die FPÖV-Regierung (mehr dazu im Schwerpunkt), wie weiter mit Aufbruch und vor allem wie weiter mit der SLP? Es war eine motivierende Konferenz, nach der wir jetzt mit neuer Energie in die nächste Periode gehen.

Peter Hauer

Termin des Monats



Befreiungsfeier in Mauthausen

Schon traditionell nimmt die SLP mit tausenden Anderen an der Befreiungsfeier für das ehemalige KZ-Mauthausen teil. Gerade mit der FPÖ an der Macht ist es uns wichtig, viele AntifaschistInnen hin zu mobilisieren. Vor Ort werden wir zusätzlich wieder eine Führung mit HistorikerInnen über das Gelände für jene, die wollen anbieten und so die Geschichte nachvollziehbarer machen.

6. Mai 2018,
Abfahrt in Wien um 7⁰⁰ Uhr, Rückkehr ca. 17⁰⁰ Uhr
Anmeldung & Infos unter: till@slp.at

„Es ist zu einer Verlotterung der Sitten gekommen“, stellte der damalige SPÖ-Chef Gusenbauer seinerzeit fest. Wie wahr, denn der einst als links angetretene Sohn einer Bauarbeiterfamilie ist längst zum skrupellosen, unsozialen Geldmacher aufgestiegen. Sein Einpersonen-Unternehmen Gusenbauer Projektentwicklung & Beteiligung GmbH verbuchte mit Ende 2016 einen kumulierten Bilanzgewinn von € 7,434 Millionen. Kein Wunder bei Gusis potenten „KundInnen“. Schon seit Juni 2010 fungiert er als Vorsitzender des „Independent International Advisory Council“ im Sold des kasachischen ArbeiterInnenmörders Staatsprä-

Rote Seitenblicke

sident Nasarbajew. Gage: € 400.000 jährlich plus Reisespesen. Zudem soll Gusenbauer 2012-13 im Auftrag Paul Manafort, damals Wahlkampfberater Trumps, für den pro-russischen ukrainischen Ministerpräsidenten Janukowitsch und dessen „Partei der Regionen“ lobbyiert haben; aus einer Anklageschrift des US-Sonderermittlers Mueller geht hervor, dass „ehemaligen hochrangigen europäischen Politikern“ mehr als zwei Millionen Euro bezahlt worden sein. Ganz oben in der Liste: Gusenbauer. Und was macht er mit all dem Geld? Er steckt es in Immobilien und Finanzbeteiligungen; beim Immobilien-Spekulanten Benko ist Gusi stark veranlagt, und über eine Tochtergesellschaft hält er dazu Wohnungen im Gesamtwert von € 3,5 Millionen. Auf derartiges Know-How wollte die SPÖ bis zuletzt nur ungern verzichten. Bis vor wenigen Monaten amtierte Gusenbauer noch als Präsident der politischen Akademie der Partei, dem Karl Renner-Institut.

Alexander Svojtko

ABMELDUNG
des Betriebs von Rundfunkempfangseinrichtungen
gemäß Rundfunkgebührengesetz RGG. BGBl. I Nr. 159/1999 i. d. g. F.

GIS
GEBÜHREN
INFO SERVICE

TEILNEHMERNUMMER:
1 Ich melde den Betrieb bzw. die Betriebsbereitschaft von Rundfunkempfangseinrichtungen zu folgender Teilnehmernummer ab:
Teilnehmernummer: 7100 MEDIA BITTE UNBEDINGT ANGEBEN!

2 **PERSONEN- UND STANDORTDATEN:**
Angaben zum Rundfunkteilnehmer:
Familienname/Firmenwortlaut/Bezeichnung der Institution/ Sonstiges
NEIN ZU ORF Gebühren?
Vornamen
NEIN ZU Privatisierung?
Geburtsdatum (z. B. 29.05.1967) 01.05.2018 Geschlecht ☒ M ☒ W
Angaben zum Standort der Rundfunkempfangseinrichtungen:
Straße/Gasse/Platz
KEINE SOLLTEN ZAHLEN?

Zahlen für den ORF?

Massensteuern wie Rundfunkgebühren treffen besonders jene, die nicht viel Geld haben. Ein öffentlicher Rundfunk sollte deshalb auch anders finanziert

Auch dort ging es eigentlich um die Zerschlagung öffentlich-rechtlicher Medien.

Im Vorfeld der Abstimmung gab es einen Streik

auf Profit ausgerichtet sind. Diese Möglichkeiten sind jedoch stark beschränkt. Auch staatliche Medien sind an die Interessen und die Logik der Herrschenden

deren Sektoren der Gesellschaft unterstützten. Der Streik der SDA hätte auch in diese Richtung gehen können, wenn er sich ausgeweitet hätte. Wenn FM4 abgeschafft werden sollte, ist nicht nur eine Verteidigungskampagne nötig, sondern weitergehende Proteste bis zu Besetzung des Senders durch die Beschäftigten und ein selbstbestimmtes und verbessertes Programm.

Wir brauchen öffentliche Medien, die aus öffentlichen Geldern bzw. aus dem Geld der Reichen finanziert werden – aber im Eigentum der Gesellschaft sind und unter demokratischer Kontrolle durch sie und die Beschäftigten stehen. Erst dann ist eine andere Berichterstattung möglich.

Laura Rafetseder

In der Schweiz wurde über Rundfunkgebühren abgestimmt. Kommt eine solche Abstimmung auch bei uns?

werden – vom Geld der Reichen. Die Angriffe der FPÖ auf den ORF und die GIS-Gebühren haben jedoch anderes im Sinn. Sie nutzt die Gebührenfrage als Vorwand, um die Unterstützung für eine Privatisierung zu bekommen. Deswegen schielte die FPÖ auch auf die „NoBillag“-Abstimmung über Rundfunkgebühren in der Schweiz.

der Schweizer Presseagentur SDA. Dieser schärfte das Bewusstsein für die Wichtigkeit nicht profitorientierter Nachrichten. Denn auch wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk oft bereits kommerziell ausgerichtet ist und nach privatwirtschaftlichen Kriterien geführt wird, hat er doch auch die Möglichkeit, Dinge zu senden, die nicht

gebunden. Es stellt sich die Frage, wer sie wie kontrolliert.

In Griechenland wollte die Regierung den öffentlich-rechtlichen Sender schließen. Dagegen gab es Widerstand der Belegschaft sowie eine Besetzung des Senders. Die Beschäftigten sendeten ihr eigenes Programm, in dem sie auch andere Bewegungen aus an-

Homofeindlichkeit im Fußball

„Im Fußball herrscht weiterhin eine feindliche Stimmung gegenüber LGBTIQ. Aktuell wird dies wieder einmal im österreichischen Fußball sichtbar: Mitte Februar kam es bei einem Fußballspiel von Rapid zum wiederholten Male zu homofeindlichen Äußerungen u.a. durch ein Transparent und Zwischenrufe. Der Geschäftsführer des Vereins verurteilte die Aktion, Sportchef Bickel wollte sich jedoch nicht auf eine Diskussion einlassen.

Offen homosexuelle Fußballspieler sind weiterhin ein Tabubruch für die Szene. Mehrere Trainer, u.a. der ehemalige kroatische Nationaltrainer Barić leugnen die Existenz von bi- oder homosexuellen Spielern oder lehnen diese ab. Fußball wird laut der Fußballforscherin Almut Sülzle von der Fanszene als ein „Ort der Männlichkeit“ gesehen. Jegliche Form von gefühlter Weiblichkeit und Nicht-Heterosexualität wird abgewertet. So

werden autoritäre Strukturen in der Kurve und am Feld (vom Trainer bis zum Schiedsrichter) untermauert, die diese Klasesengesellschaft braucht. Es entstehen jedoch auch selbstorganisierte Kämpfe, etwa mit dem europäischen Dachverband für schwul-lesbische Fanclubs „Queer Football Fanclubs“. Für 20.-22. April ruft die österreichische Initiative „Fußballfans gegen Homophobie“ zu Aktionstagen auf.

Alois Hofer



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Widersprüchlich, nicht einfach nur rechts

Bei der Konferenz der SLP von 16.–18. März 2018 wurde auch ein Dokument zur Lage in Österreich diskutiert und beschlossen. In diesem Schwerpunkt geben wir Auszüge aus der beschlossenen Resolution wieder:

Der Aufstieg der FPÖ seit inzwischen Jahrzehnten sowie der Wahlerfolg von Kurz bei der Nationalratswahl 2017 und die Bildung der dritten schwarz-blauen Regierung haben manche KommentatorIn-

der Angriffe auf die Rechte von ArbeitnehmerInnen durch diese Regierung sind sehr weitgehend. Auch das macht – zu Recht – Angst. Doch einfach von einer stabilen Regierung in einem rechten Land auszugehen, die ihre Agenda einfach so umsetzen wird, ist falsch; eine bestenfalls oberflächliche und einseitige Darstellung einer weit komplizierteren Situation.

International sehen wir, dass das Vertrauen in das System Kapitalismus ge-

Nur 26% meinen, dass PolitikerInnen über die Alltagssorgen normaler Menschen gut oder einigermaßen Bescheid wissen; 56% nicht oder eher nicht. Am höchsten ist der Wert bei FPÖ-WählerInnen, wo 40% sagen, dass PolitikerInnen „überhaupt nicht“ darüber Bescheid wüssten. Das gute Abschneiden der ÖVP und die Vorschusslorbeeren für die neue Regierung werden daran mittel- und langfristig nichts ändern.

Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse zurückgeworfen ist und es keine linke Alternative gibt. Die Tatsache allerdings, dass bürgerliche und rechte Parteien sich „neu“ und „sozial“ präsentieren müssen, um gewählt zu werden, spiegelt die enormen Möglichkeiten wider, die eine kämpferische demokratische neue ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm hätte.

Bei der letzten Wahl war das „Flüchtlingsthema“ dominant. FPÖ und ÖVP ist es gelungen, Ängste aufzugreifen bzw. gezielt zu schüren und so sozialen Ängsten eine rassistische Antwort zu geben. Neben existierenden Problemen, die entstehen, wenn sich mehr Menschen dieselben (oder sogar weniger) Mittel für soziale Leistungen teilen müssen, wurde und wird von Medien und Politik eine Problemlage herbeigeredet. Von Seiten der Herrschenden existiert sowohl ein Interesse an Migration (mit dem Ziel der Lohndrückerei) als auch an Problemen damit (als Instrument für „Teile und Herrsche“). Das „Flüchtlingsthema“ überdeckt soziale Fragen. Rassismus ist real existent und stellt eine ernsthafte Bedrohung dar. Doch es wäre nicht nur ei-

ne grobe Vereinfachung, sondern eine grundsätzlich falsche Schlussfolgerung, wenn man behaupten würde (wie es leider viele „Linke“ tun), dass „die ÖsterreicherInnen“ oder „die ArbeiterInnen“ rassistisch wären. Vor zwei Jahren wurde Österreich von einer Welle der Solidarität erfasst. Hunderttausende halfen Flüchtlingen. In einer Umfrage Ende 2016 gaben 60% aller WienerInnen an, für Flüchtlinge gespendet zu haben, aber nur wenige Hundert hatten sich an Demonstrationen gegen Flüchtlinge beteiligt. 75% waren für den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt. Wir müssen bei Fragen von Migration/Flucht immer aufzeigen, dass das von Medien und Parteien gezeichnete Bild der „Öffentlichen Meinung“ oft keineswegs stimmt und in der Realität meist weit komplexer ist. Die Regierung hat viele Erwartungen geschürt, wird diese aber nicht einhalten können. Wie lange es dauert, bis die Enttäuschung über die Regierung zu Unmut und auch Protesten führen wird, hängt stark mit dem Tempo der sozialen Angriffe und dieses mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen.

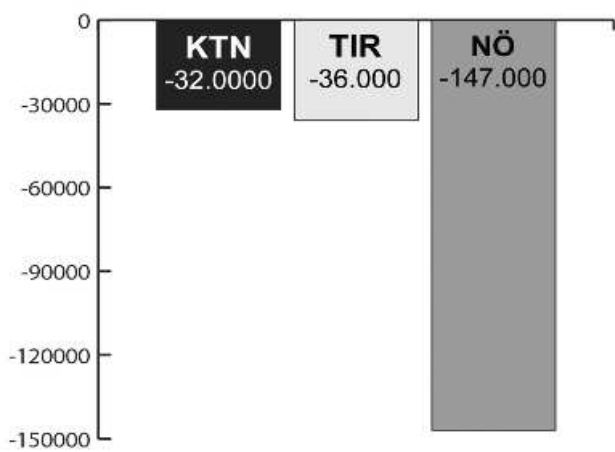
Die heurige SLP-Konferenz diskutierte die aktuelle Lage sowie wirtschaftliche und politische Aussichten.

nen und auch Linke zur Schlussfolgerung gebracht, dass in Österreich eine „rechte Grundstimmung“ herrscht. Diese schwarz-blaue Regierung ist zweifellos bedrohlicher, als es jene nach 2000 waren, insbesondere weil die FPÖ gelernt und wesentlich mehr Einfluss hat als damals. Die Häufung von Burschenschaften und Ultrarechten in Machtpositionen macht – zu Recht – Angst. Die Pläne zum Umbau bzw. Abbau des Sozialstaates und

rade seit der Krise 2007/8 massiv zurückgegangen ist. Die Stimmung gegen „die da oben“, „die Elite“, „die Reichen“ ist weit verbreitet. Es gibt eine wachsende Ablehnung der Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems. Und es gibt in Folge von Korruption sowie der Tatsache, dass diese in der Regel zugunsten des Kapitals agiert, große Unzufriedenheit mit der (beschränkten) bürgerlichen Demokratie. Das gilt auch für Österreich.

Doch es gibt keinen Automatismus, dass sich diese Stimmung in bewusstem Antikapitalismus oder nach „links“ ausdrückt. In sehr verquerer Art und Weise haben Kurz und Pilz bei den vergangenen Nationalratswahlen vom Wunsch nach Veränderung profitieren können. Die extreme Rechte inklusive der FPÖ reagiert mit ihrer Inszenierung als „soziale Heimatpartei“ und greift den Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit auf. Sie konnte das, weil das

FPÖ-WählerInnen bei Nationalratswahl 2017, die bei Landtagswahlen nicht mehr FPÖ gewählt haben (zumeist Nicht-WählerInnen)



Quelle: Sora, ORF

Grafik: SH

© SLP 2018

Zahlen & Fakten: Was kommt?

Attacken im Bereich Arbeitswelt:

- Ausweitung der Arbeitszeiten; Normalisierung des 12-Stunden-Tages
- Zurückdrängung der Kollektivverträge, Gewerkschaften und Arbeiterkammern – es drohen enorme Einkommensverluste sowie Verlust arbeitsrechtlicher Beratung
- „Sanktionen“ (= noch mehr Schikanen) gegen Erwerbs-Arbeitslose
- Wenn die Notstandshilfe abgeschafft wird und das Arbeitslosengeld mit der Bezugsdauer sinken sollte, dann droht eine österreichische Variante von 'Hartz 4' bzw. völlige Verarmung und Abhängigkeit (gerade von Frauen).
- Demgegenüber versprochene Steuerkürzungen für Unternehmen und Superreiche von bis zu 12 Mrd. € (zum Vergleich: gesamte „Flüchtlingskosten“ weit unter 3 Mrd. €)

Rassismus als Spaltinstrument:

- Die Regierung hat mit dem Vorstoß, die Kinderbeihilfe für im Ausland lebende Kinder zu kürzen, auch in diese Richtung schon begonnen. Hier wird populistisch versucht, die ArbeiterInnenklasse noch stärker in „In- und AusländerInnen“ zu spalten. Der Angriff auf jenen (großen) Teil der heimischen ArbeiterInnenklasse, der migrantisches Wurzeln hat, ist nur

der erste propagandistisch in den Vordergrund geschobene Schritt für Angriffe auf die gesamte ArbeiterInnenklasse.

Abbau von Frauenrechten:

- Frauen werden durch Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich zu mehr unbezahlter Arbeit gezwungen.
- Papa-Mama-Kinder wird als Idealfamilie propagiert, Frauen sollen bestenfalls Teilzeit arbeiten
- Durch Zwangsberatung soll der Zugang zu Abtreibung erschwert werden, Frauen werden bevormundet.

Angriffe auf Junge:

- Die Studiengebühren werden nicht hoch genug sein, um die Unis völlig zu leeren und damit den Betreuungsschlüssel zu verbessern, aber so hoch, dass sie für einen Großteil der Studierenden eine Belastung darstellen.
- Auch das trifft v.a. junge Menschen: Ein neues Mietrecht wird die Mieten erhöhen und das Eintrittsrecht von Enkeln in Mietverträge erschweren. Für Junge wird Wohnen noch teurer.

Demokratieabbau:

- Weitere Untergrabung demokratischer Rechte, der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit
- Auffüllen zentraler Positionen in Verwaltung, Justiz, Geheimdiensten und Exekutive mit rechtsextremen FPÖ-Parteisolddaten.

Schwarz-Blau keineswegs stabil – Kapitalismus vor neuer Krise

Wichtig für die Entwicklungen in Österreich ist, was sich international tut: die Entwicklung der Weltwirtschaft, die Kriegsgefahr, die Umweltzerstörung und damit verbunden Menschen, die zur Flucht getrieben werden. Das Kapital

bereits wieder abwärts. Die Situation ähnelt eher den 80er Jahren, die von einem schwachen Wachstum und dem Beginn der neoliberalen Kürzungs- und Privatisierungspolitik geprägt waren. Wir haben es keineswegs mit einem soliden Aufschwung

dürfnissen und Bedürfnisbefriedigung, zwischen Leistung und Bezahlung gibt, nichts ändert, ist dieses System an sich krisenanfällig.

Dazu kommen die Schwächen, die den Kapitalismus seit den 1980er Jahren charakterisieren. Diese drücken sich in der Bildung spekulativer Blasen, einer sinkenden Produktivität und Profitabilität, steigender Verschuldung, schleppender Nachfrage etc. aus. All das führt dazu, dass die Lage ähnlich instabil ist wie vor zehn Jahren, zu Beginn der Wirtschaftskrise. Der aktuelle „Aufschwung“ wurde durch massive staatliche Zahlungen und eine verstärkte Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse (durch eine reale Umverteilung von unten nach oben) finanziert. Das heißt, die Verschuldung ist weiter angestiegen, die Kaufkraft aber gesunken. Während die österreichische Staatsverschuldung Mitte der 90er bis Mitte der 2000er Jahre bei 61–69% des BIP lag, ist sie seit 2010 nicht mehr unter 80% gesunken. Rund acht bis zehn Prozentpunkte der Staatsverschuldung sind auf die Bankenrettung zurückzuführen! Geld (v.a. Bundesgeld) wurde zwar zur „Rettung“ von Banken und Unternehmen eingesetzt, nicht jedoch, um den Lebensstandard der meisten hierzulande zu erhöhen.

Die Prognosen der „ExpertInnen“ sind zu einem nicht unwesentlichen Teil Propaganda und

Die Rechtsaußen-Regierung stellt eine große Bedrohung dar, doch steht sie auf unsicherem Grund.

drängt auf „Reformen“, die im Wesentlichen die Aufgabe haben, die Arbeitskosten in Österreich zu senken. Das moderate Wirtschaftswachstum verschafft der Regierung einen gewissen zeitlichen Spielraum. Einige Pläne sind bereits bekannt geworden, doch der größte Teil wird erst im Rahmen des Doppelbudgets Ende März bekannt. Die Stabilität einer Regierung hängt nicht nur vom guten Willen der beteiligten Personen ab.

Ein objektiver Unsicherheitsfaktor für diese Regierung ist die wirtschaftliche Situation. Die aktuellen Wirtschaftszahlen sind, wenn man hinter die Propaganda blickt, kein Anlass zum Optimismus. Man schreibt vom Wirtschaftsaufschwung, sogar von „Hochkonjunktur“. Das Problem: alle Prognosen (die traditionell eher überoptimistisch sind) sehen 2017 bereits den Höhepunkt erreicht, bei Exportzuwachsen und Investitionen geht es ab 2018

zu tun, sondern eher mit einer relativ kurzen und schwachen Erholung, die ohne qualitative Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse bleibt.

Die Krise von 2007/8 hat gezeigt, wie rasch und wie tief sich eine Krise auswirken kann und wie hilflos die Herrschenden dieser gegenüber stehen. Auch 2018 sind die Grundlagen der Wirtschaft nicht stabil, sondern von einer Reihe Unsicherheitsfaktoren bedroht. Wir können nicht sagen, wann es zu einer nächsten Krise kommt, aber es kann gesagt werden, dass eine solche nur eine Frage der Zeit ist. Aufgrund der Abhängigkeit von Exporten und Tourismus ist für die österreichische Wirtschaft die Entwicklung der Weltwirtschaft (und hier v.a. der deutschen) von zentraler Bedeutung. Doch da sich an den zugrundeliegenden Widersprüchen, die es im Kapitalismus zwischen gemeinschaftlicher Produktion und privater Aneignung, zwischen Be-



klammern massive Unsicherheitsfaktoren weitgehend aus: wirtschaftliche Schwäche in den Schwellenländern, die weltweite Kriegsgefahr mit ihren Auswirkungen auf den Ölpreis und die generelle Instabilität und die Verschärfung von Fluchtursachen sowie Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels. Hinzu kommen die politischen und

elle Lage sehen anders aus. Insbesondere Jüngere und Junge gehen davon aus, dass sie es schwerer haben, als ihre Eltern. „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ lautet zwar das Regierungs-Mantra, doch auch hier sind die Erfahrungen ganz andere. „Die Gewinne der ATX-Unternehmen sind im Geschäftsjahr 2016 kräftig gestiegen. Doch anstatt

ne Verbesserung für sich selbst. Von der Regierung werden diesbezüglich von der ArbeiterInnenklasse auch keine Verbesserungen erwartet. Laut einer von ATV in Auftrag gegebenen Umfrage meinen nur 9%, dass ArbeitnehmerInnen vom Regierungsprogramm profitieren, aber 49%, dass Unternehmen dies tun. In einer Market-Umfrage geben nur 10% dem Regierungsprogramm ein „sehr gut“ und weit mehr Menschen befürchten Verschlechterungen bei sozialen Punkten (Pensionen, Gesundheit, Bildung). Auf internationaler Ebene wie auch in Österreich ist der Wirtschaftskrise eine politische Krise gefolgt, die das gesamte politische Establishment betrifft.

Die herrschenden Parteien haben sehr deutlich gezeigt, dass sie keine wirklichen Antworten auf die Krise haben. Ihre Uneinigkeit zum Umgang mit den wirtschaftlichen Problemen war in den letzten Jahren offensichtlich und auch, dass ihre Maßnahmen wenig effektiv waren, dafür aber auf Kosten der ArbeiterInnenklasse gingen. Hinzu kommen die Erfahrungen mit der Abgehobenheit und Korruption von PolitikerInnen und KapitalistInnen. Das Kapital kann zwar vorübergehend aufatmen, weil sein neuer Frontmann Kurz zieht. Aber von Dauer wird dieser Effekt nicht sein.

Das vollständige Dokument
wird auf
www.slp.at veröffentlicht.

Der Kapitalismus weltweit kann jederzeit in eine Krise schlittern, die jene von 2007/8 übertreffen könnte.

wirtschaftlichen Unsicherheiten der EU, die den wichtigsten Wirtschaftsraum für Österreich darstellt. Das Regierungsprogramm hat v.a. eine Aufgabe (in der es sich eben nicht von den Plänen von Kern & Co. unterscheidet): den „Standort Österreich“ zu verbessern. Und das geht nur, indem bei den Unternehmen Kosten (= Steuern, Umwelt- und Sicherheitsauflagen, Löhne bzw. Lohnnebenkosten) gesenkt werden.

Der „Aufschwung“ bleibt für die meisten eine eher irrealer Propaganda. Ein „Aufschwung“, so meint man, müsste doch mit einer Verbesserung der eigenen Situation einhergehen, mit mehr Mitteln und einer positiven Zukunftsperspektive. Doch das subjektive Empfinden und die objektive finanzi-

diese zu einem guten Teil zu investieren und damit die Schlagkraft der Unternehmen für die Zukunft zu erhöhen und wichtige Arbeitsplätze zu sichern, profitieren einmal mehr vor allem die Aktionäre. Denn die Dividenden-Zahlungen klettern um 30 % auf 2,3 Milliarden €. Ausgeschüttet wird teilweise auch bei Verlust oder mehr als der Gewinn ausmacht.“ schreibt die Arbeiterkammer.

Über das Wirtschaftswachstum wird zwar gelesen und gehört, aber von der ArbeiterInnenklasse kaum am eigenen Leib, bzw. im Geldbörsel, gespürt. Obwohl 67% angeben, dass es 2018 „wirtschaftlich aufwärts gehen wird“, glauben 89% nicht, dass sich 2018 die Kluft zwischen Arm und Reich verkleinern wird und nur 19% erwarten ei-



Marx aktuell

Vor mehr als 100 Jahren verkündete der sozialdemokratische Theoretiker Eduard Bernstein, dass der Kapitalismus nicht gestürzt, sondern nur reformiert werden müsste. Er glaubte, der Kapitalismus hätte seine Krisenhaftigkeit überwunden. Man müsse ihn nur klug steuern, um irgendwann in einer klassenlosen, sozialistischen Demokratie zu enden. Ein Blick auf die heutige Weltlage genügt, um Bernsteins Irrtum zu erkennen: 82% des weltweiten Vermögenswachstums gehen laut OXFAM an ein Prozent der Weltbevölkerung, in Deutschland stellt die Süddeutsche Zeitung 2017 eine Vermögensungleichheit wie zuletzt im Jahr 1913 fest, in Amerika ist das inflationsbereinigte Gehalt von ArbeiterInnen seit 1979 nicht gestiegen und in Österreich besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung mehr als die unteren 90 zusammen.

Sozialreformen an der kapitalistischen Glasdecke

Bernsteins Ideen brachten aber auch damals schon radikale KritikerInnen auf den Plan, wobei die berühmteste von ihnen Rosa Luxemburg mit ihrer Schrift „Sozialreform und Revolution“ ist. Sie erklärt, dass Phänomene der „Anpassung des Kapitalismus“ (Bernstein) wie Kreditwesen, verbesserte Verkehrsmittel und Unternehmerorganisationen diesen nicht einfach stabilisieren, sondern ebenso gut zur Zuspitzung von Widersprüchen dienen. Das kennen wir heutzutage, wenn wir an Hypo-Alpe-Adria oder Lehmann Brothers denken, nur allzu gut. Der kapitalistische Staat hat die Aufgabe, die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise zu verteidigen. Es ist also unmöglich, mit Hilfe staatlicher Reformen das System, „wegzureformieren“. Luxemburg legt deswegen dar, wieso es für die ArbeiterInnenbewegung unabdingbar ist, sowohl für Sozialreformen, als auch die soziale Revolution zu kämpfen. Für sie „besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“ (Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?, 1899)

In Zeiten der Krise werden die Spielräume für linke Politik, die sich nicht den unmittelbaren Interessen des Kapitals verschreibt, immer geringer. Die Grenzen des innerhalb des Systems Machbaren werden immer enger gezogen. Selbst moderate Forderungen stoßen bereits an die Grenze des für die Herrschenden Akzeptablen. Syriza trat in Griechenland mit einem Programm an, dessen Inhalt in den 1970er Jahren großteils noch Standard vieler sozialdemokratischer Regierungen war: Höhere Löhne, öffentliche Investitionsprogramme, beschränkte Umverteilung. Doch an der Regierung musste Syriza feststellen, dass sich die Zeiten geändert hatten. Selbst die bescheidensten Reformen wurden aufs Bitterste von den griechischen KapitalistInnen und ihren Bündnispartnern in der EU bekämpft. Die einzige Möglichkeit, die Reformen erfolgreich durchzuführen, wäre ein kompletter Bruch mit der kapitalistischen Herrschaft gewesen. Doch die Syriza-Führung wagte diesen entscheidenden Schritt nicht. Das hatte katastrophale Folgen: nicht nur konnten die Reformen nicht umgesetzt werden – nun prügelt die „linke“ Regierung härtere Sparprogramme durch als die Konservativen zuvor.

Die Krise ist bis heute nicht überwunden und die Herrschenden sind noch weniger zu Zugeständnissen bereit denn je. Wer heute die Reform wirklich will, muss zur Revolution bereit sein.

C.W. und Sebastian Kugler



Protest begleitet Schwarz-Blau von erster Sekunde an

Die Konferenz-Resolution der SLP formuliert dazu: Wir haben keine Widerstandsbewegung wie 2000 erwartet, doch es gab und gibt eine Reihe von Protesten. Tatsächlich waren alle Proteste bisher größer als erwartet (bei der Angelobung, am 13.1.; nicht nur in Wien) und jedes Angebot zum Protest (Lichtermeer für Ute Bock, Frauenvolksbegehren, Volksbegehren zum Rauchen) wurde aufgegriffen. Die soziale Frage ist von Anfang an

mer wieder als Hindernis für Widerstand aus der ArbeiterInnenklasse herausgestellt. Entgegen den Behauptungen der Gewerkschafts-Bürokratie, dass „die KollegInnen in den Betrieben nicht zu mobilisieren sind“, hat die ArbeiterInnenklasse JEDES ernsthafte Angebot zum Widerstand angenommen, seien es Betriebsversammlungen, Demonstrationen oder auch Streiks. Zusätzlich greift die Regierung aber auch die Organisationen

In allen Bewegungen und Protesten gegen Schwarz-Blau bringt die SLP dieses 6-Punkte-Programm zum Sturz der Regierung ein:

→ Aktionskomitees aufbauen! Schließ dich mit anderen in deiner Schule, Uni, am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft zusammen. Diskutiert die Angriffe und organisiert gemeinsam Aktionen dagegen.

→ Vernetzen wir die Aktionskomitees bundesweit! Wir brauchen

Bildung, Abschaffung rassistischer Gesetze ...

→ Verbinden wir den Widerstand mit den Kämpfen um die Kollektivverträge! Mit Rückenwind aus der Regierung versuchen WKO&Co., Kollektivverträge zu schwächen, zu spalten und abzuschaffen. Warten wir nicht ab, bis sie uns Branche für Branche klein machen. Gehen wir alle gemeinsam als KollegInnen auf die Straße!

→ Regierung wegstreiken! Wir müssen jene, die hinter dieser Regierung stehen, dort treffen, wo es ihnen weh tut: bei ihren Profiten. Wir brauchen entschlossene Schritte wie Proteste in den Betrieben, Besetzungen und Streiks. Wecken wir gemeinsam den ÖGB auf und organisieren wir eine gewerkschaftliche Linke!

→ Wir brauchen eine Partei, in der nicht die Interessen von PolitikerInnen und Bonzen zählen, sondern die von ArbeiterInnen, MigrantInnen, Frauen und Jugendlichen. Wenn du helfen willst, diese kämpferische sozialistische Alternative aufbauen, melde dich bei uns und werde mit uns gemeinsam aktiv!

Die Lehren der Widerstandsbewegung von

2000 zeigen, dass der Widerstand demokratische Strukturen braucht, die Menschen aus unterschiedlichen Zugängen einbinden. Dass er eine Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse und ihre Kampfformen (bis hin zum Streik) braucht, um die Herrschenden dort zu treffen, wo es ihnen wirklich weh tut, nämlich bei ihren Profiten. Und dass es ein Programm braucht, das nicht in der engen Logik des Kapitalismus stecken bleibt, sondern die Krisenanfälligkeit und grundlegende Ungerechtigkeit dieses Systems erkennt und Alternativen dazu aufzeigt, die den Menschen und seine Bedürfnisse über Profite stellen. Der Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei mit kämpferischer Praxis, demokratischen Strukturen und sozialistischem Programm ist daher dringend notwendig. Die SLP, eine revolutionär-sozialistische Organisation, hat und wird auch in Zukunft jeden ernsthaften Schritt in diese Richtung unterstützen. Doch aktuell ist die SLP das Angebot an all jene, die etwas gegen die Regierung tun und den Wahnsinn des Kapitalismus bekämpfen wollen. Werde aktiv und werde Teil der SLP!

Bewegungen brauchen Plan und Alternative, die bisher weder ÖGB-Spitze noch „die Linke“ liefern.

weit präsenter, als sie es 2000 war. Eine ganze Generation kann und wird hier politisiert werden. Der größte Fehler der österreichischen Linken ist die Arroganz und Unterschätzung dessen, was an Widerstandspotential in der ArbeiterInnenklasse möglich ist.

Schwarz-Blau, aber eigentlich die gesamte wirtschaftliche Situation, die keinen Spielraum für die Sozialpartnerschaft der 1960er bis 80er Jahre mehr lässt, stellen die Gewerkschaften vor große Herausforderungen. In den vergangenen Jahren hat sich die Gewerkschaftsführung im-

der ArbeiterInnenbewegung selbst an. Es sind alle Beschäftigten betroffen UND auch die FunktionärInnen bzw. Angestellten von Gewerkschaften und Arbeiterkammern. Als SozialistInnen verteidigen wir kein einziges der Privilegien von AK- und ÖGB-Spitze, aber sehr entschieden die Organisationen und Rechte der ArbeiterInnenklasse. 'AK verteidigen' muss daher immer auch 'AK verändern' bedeuten. Die Verteidigung von AK und Gewerkschaften braucht deren Demokratisierung, den Abbau von Privilegien und einen kämpferischen Kurs.

eine Struktur, um unserem Widerstand ein Programm zu geben. Auf einer Widerstandsversammlung können wir große Aktionen und Demonstrationen demokratisch planen.

→ Echte Fortschritte erkämpfen! Wenn wir „nur“ gegen die Regierung protestieren, werden wir nicht erfolgreich sein. Wir brauchen ein Offensivprogramm mit Forderungen, denen sich auch die anschließenden können, die von Schwarz-Blau enttäuscht werden: Höherer Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, mehr Geld für Soziales, Gesundheit und

Bildungssystem als Herrschaftsinstrument

Beinahe jede Woche werden neue Scheußlichkeiten der schwarz-blauen Regierung bekannt, so auch im Bildungsbereich. Die Kürzungen und Einsparungen hier haben eines gemeinsam: sie dienen allesamt einer Elitenbildung und einer Schlechterstellung von nicht-österreichischen Kindern. Dabei beginnt die Umverteilung von arm zu reich schon in der Volksschule.

Die frühe Teilung der Kinder in Neue Mittelschule (NMS) und AHS trennt schon lange nach sozialem Status. Das wird nun durch die geplanten Aufnahmehürden für die AHS noch verschärft. Finanziell schwächere Familien werden damit massiv benachteiligt, denn diese können sich oft keine teure Nachhilfe leisten, damit ihre Kinder diese Tests bestehen. Zusätzlich soll die AHS, nicht aber die NMS, mit mehr Geld ausgestattet werden, zweitens verliert sogar, obwohl hier mehr Betreuung nötig wäre.

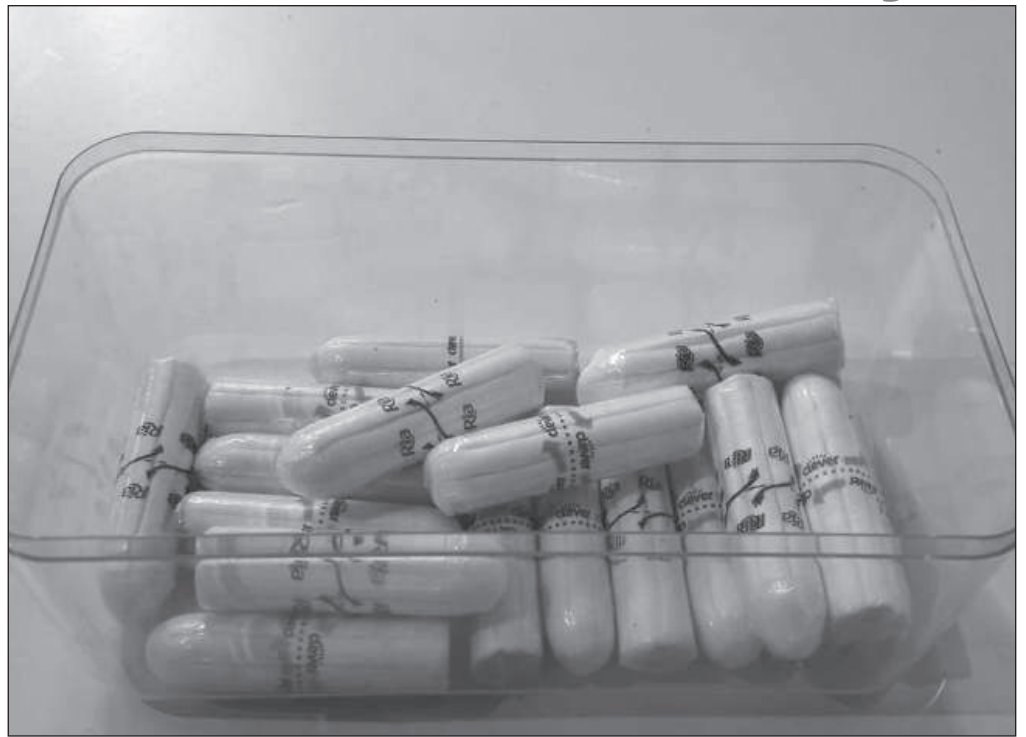
Im Januar kündigte Bildungsminister Faßmann noch die Verlängerung des Integrationsstopfes an, 2017 standen dafür 80 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Förderung soll nun komplett gestrichen werden. Stattdessen sollen nicht-österreichische Kinder in Deutschklassen se-

parat unterrichtet werden (Mittel dafür: 40 Millionen). Das bedeutet, dass integrierende Maßnahmen gestoppt und durch separierende ersetzt werden und weniger Geld dafür da ist.

Die Trennung von österreichischen und nicht-österreichischen Kindern wird das Gegenteil von Integration bringen, denn die Maßnahme grenzt aus und stigmatisiert. Durch solche Methoden wird Rassismus (re)produziert und verstärkt.

Die Betroffenen – SchülerInnen, Lehrende, Eltern – werden nicht gefragt, es wird über ihre Köpfe hinweg entschieden. Gegen diese Pläne ist Widerstand nötig, denn sie bringen eine Verschlechterung für die große Mehrheit der Bevölkerung. Im Februar fand deswegen bereits eine Bildungskonferenz statt. Dort diskutierten SchülerInnen, Lehrende und Eltern darüber, wie sie sich wehren können und was sinnvollere Maßnahmen wären. Die Gruppe hat beschlossen, am 9. Juni eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten. Gemeinsame Schulstreiks von SchülerInnen und Lehrenden sind eine weitere Möglichkeit, um sich Gehör zu verschaffen. Das haben die erfolgreichen Schul-Streiks in den USA vor kurzem bewiesen.

Phillip Chmel



Luxusware Tampon

Tampons werden in Österreich mit 20% Umsatzsteuer vertrieben und fallen damit nicht in die Ka-

und wie sie zusätzlich sexistisch wirken. Monatlich werden Frauen ca. 5-10€ – die ungefähren Kosten

Massensteuern für Hygieneartikel und warum Kaviar weniger besteuert wird als Tampons und Binden.

tegorie von Gütern des täglichen Gebrauchs (wie beispielsweise Kaviar), sondern werden mit Luxusgütern auf eine Stufe gestellt. Die überzogene Besteuerung von notwendigen Hygieneartikeln zeigt erneut, wie ungerecht und belastend Massensteuern für einen großen Teil der Bevölkerung sind –

der benötigten Tampons und Binden – abgeknöpft. Die Regierung macht keine Anstalten, diese unfaire Besteuerung zu beenden. Stattdessen kommen Milliardenbesenke an Konzerne, Kürzungen im Pflegebereich und Kindergartengebühren.

Massensteuern stellen eine gewaltige finan-

zielle Belastung dar – seien es Parkgebühren am Arbeitsplatz, hohe Preise für Lebensmittel wie Brot oder die schon angesprochenen Hygieneartikel. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie treffen die unteren Einkommensschichten am härtesten und verteilen von unten nach oben.

Massensteuern sind kein Zufall, sondern haben System – den Kapitalismus, der Frauen doppelt und dreifach belastet und unterdrückt. Wir fordern deswegen das Ende von allen Massensteuern, und stattdessen kostenlosen Zugang zu Hygieneartikeln und Verhütungsmitteln. Diese sind nicht luxuriös, sondern notwendig!

Stefan Brandl

Spanien: Streik gegen das Patriarchat

Am Frauentag gab es in Spanien einen von der Basis der großen Gewerkschaften getragenen Streik, an dem 5,3 Millionen Frauen teilnahmen. Kein Wunder, schließlich sind Frauen in Spanien besonders benachteiligt. Sie bekommen z. B. um 57% geringere Pensionen. Millionen von Frauen legten bezahlt wie unbezahlte Arbeit nieder. Die sexistische Hetze des Establishments (so sprach die neoliberale Partei Ciudadanos von ei-

nem »antikapitalistischen Streik«, womit sie sogar recht hatte) konnte daran ebenso wenig ändern wie Ausbremsungsversuche seitens der Gewerkschaftsbürokratie: bei 82 % der SpanierInnen stieß der Streik auf Sympathie. Die Kampagne »Libres y Combativas« unserer Schwesterorganisation »Izquierda Revolucionaria« spielte eine wichtige Rolle und organisierte Streiks an Unis und Schulen.

Leon Neureiter



HeldInnen des Monats



Wochenlang streikten in West Virginia 33.000 LehrerInnen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen – obwohl das in dem US-Bundesstaat illegal ist. Sie wiesen jeden faulen Kompromiss zurück. Inspiriert davon tragen nun LehrerInnen in anderen Bundesstaaten aus Solidarität rote Kleidung bei der Arbeit – und bereiten selbst Streiks vor.



Italien: Wie weiter nach den Wahlen?

Die PD (Demokratische Partei) von Premier Renzi wurde hinter der 5-Sterne-Bewegung (M5S) nur zweite. Berlusconis Forza Italia (FI) wurde von der rechtspopulistischen Lega unter Matteo Salvini überholt. Bei einer Wahlbeteiligung von 73% gingen mehr als 50% der Stimmen an Anti-Establishment Parteien. Das ist eine klare Ablehnung der

vor der Krise, und die Arbeitslosigkeit höher. Viele Menschen aus der ArbeiterInnenklasse oder Mittelklasse haben keine Verbesserung ihres Lebensstandards gespürt.

Mit mehr als 32% ist die 5 Sterne-Bewegung nun die bei weitem größte Partei und erreichte besonders viele Stimmen unter Jungen. Die Unterstützung für M5S kommt von

Wie weit er bereit ist zu gehen, ist offen, da das der ursprünglichen Intention von M5S diametral entgegengesetzt ist – nämlich einer Opposition zur verrotteten politischen Kaste. Wenn die M5S in eine Koalition mit einer der anderen Parteien geht, wird sie das vermutlich spalten – mit einem Teil, der zurück zur Anti-Establishment Haltung will.

zeln in der faschistischen MSI hat und sich auf 4,35% verdreifachte. Die „rechte Mitte“ wird zweifellos versuchen, die nötigen 50 Abgeordneten von anderen Parteien für eine Mehrheit zu gewinnen. Allerdings wird das schwierig sein, besonders wenn Salvini der Kandidat für den Premier ist.

Trotz der politischen Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und einer nie dagewesenen medialen Öffentlichkeit für den faschistischen CasaPound, erhielt dieser nur 0,9%. Allerdings war die Ermordung von sechs MigrantInnen durch einen rechtsextremen Terroristen während des Wahlkampfes Ergebnis dieser Hetze. Antirassismus und Antifaschismus sind weiterhin zentral, egal welche Regierung gebildet wird.

Die neue linke Potere al Popolo (Macht für das Volk) erhielt 370.000 Stimmen, knapp über 1% bundesweit (2013 erhielt die radikale Linke bei den Wahlen 3%). Ursache ist u.a. die Angst vor einer „verlorenen Stimme“, die kleinere Parteien schwächte. Für eine Bewegung, die nur wenige Wochen vor der Wahl entstanden war, und weit weniger Medienöffentlichkeit erhielt als andere, war das kein schlechtes Resultat. Mandate zu erreichen

war nie das Hauptziel. Potere al Popolo ist von unten entstanden, als kämpferische aktive Organisation zum Mitmachen. Sie ist Sammelpunkt für verschiedene soziale Bewegungen und linke Parteien. Hunderte Versammlungen im ganzen Land wurden in über 100 Städten abgehalten und zogen tausende Menschen, v.a. Jugendliche an.

Aufgrund dieses Potentials für den Aufbau einer kämpferischen antikapitalistischen Kraft hat Resistenza Internazionale (CWI in Italien) sich Potere al Popolo angeschlossen, war Teil der Wahlkampagne und kandidierte in Genua. Ob diese Organisation ihr Potential verwirklicht, ist noch ungewiss.

Zu diesem Zeitpunkt ist noch offen, welche Regierungskoalition entstehen wird oder ob Neuwahlen kommen. Nichts davon wird auch nur ansatzweise die Probleme von ArbeitnehmerInnen und der Mittelschichten lösen.

Die wirtschaftliche, politische und soziale Krise des italienischen Kapitalismus wird weitergehen – und der Aufbau einer kämpferischen antikapitalistischen Alternative ist nötiger denn je.

Christine Thomas

Resistenza Internazionale
resistenzinternazionali.it

Die Wahlen am 4. März waren das größte politische Erdbeben seit den Korruptionsskandalen der frühen 90er.

traditionellen Politik und zeigt den verzweiften Wunsch nach Veränderung nach Jahren der Korruption, Sparpolitik und wirtschaftlicher Krise für ArbeitnehmerInnen. Ohne klaren Sieger stehen nun Wochen bis Monate der Unsicherheit bevor.

Die Verluste für die PD, der Hauptregierungs- und Lieblingspartei des italienischen Kapitals waren stärker als vorhergesagt. Selbst ihre Dominanz in den „roten Regionen“ gehört nun der Vergangenheit an. Obwohl es nach fast zehn Jahren der Rezession eine kleine Erholung der Wirtschaft gibt, gelang es der PD nicht, davon zu profitieren. Das Wachstum ist immer noch kleiner als

links- und rechtsgerichteten WählerInnen, die zutiefst enttäuscht von den traditionellen Parteien sind. Sie waren sogar bereit, das Chaos der M5S-Regierung in Rom zu ignorieren, um etwas neues auszuprobieren. Doch Luigi Di Maio, der Anführer des M5S, hat die letzten Wochen damit verbracht, die Konzerne abzuklappen und sich als verlässlichen Premier und M5S als verlässliche kapitalistische Partei zu präsentieren. Sie wandten sich sogar von der früheren Anti-EU/Euro Haltung ab und sind nun gegen eine Reichtumsbesteuerung. Er hat auch erklärt, dass er offen für ein Bündnis mit anderen Parteien ist.

Die „rechte Mitte“ ist mit 37% nun das größte Bündnis, aber auch sie hat keine Mehrheit. Die rassistische Lega ist nun die größte Partei auf der Rechten und hat Berlusconis Forza Italia überholt. Damit hat sich das Kräfteverhältnis innerhalb des Bündnisses geändert.

Die Frage der Migration dominierte den Wahlkampf in den Medien. Alle großen Parteien setzten auf eine harte Linie. Im Norden und in Zentralitalien profitierte v.a. die Lega davon. Ihr Stimmenanteil ist von 4% auf 18% gestiegen (ein Drittel kam von den NichtwählerInnen, ein Viertel von der Forza Italia). Auch Teil des Bündnisses ist Fratelli d'Italia, die ihre Wur-

Zerrissenes Russland

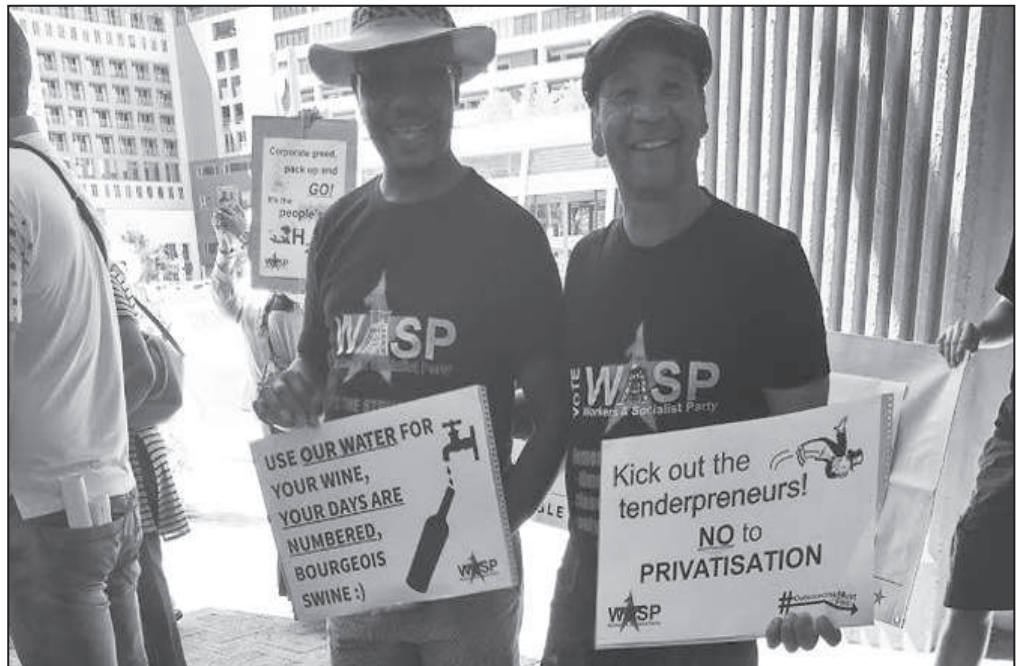
Am 18. März fanden in Russland die Präsidentschaftswahlen statt. Putin erreichte ein Rekordergebnis von knapp 77 % und scheint fester im Sattel zu sitzen als je zuvor. Zwar ist bei den Wahlen bei weitem nicht alles mit rechten Dingen vorgegangen. Trotzdem ist es nicht zu leugnen, dass Putin sich hoher Beliebtheitswerte erfreut. Dies ist aber ein trügerischer Schein.

In Russland gärt es unter der Oberfläche gewaltig. Die Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs sind seit spätestens 2008 zu Ende. Die Reallöhne sinken schon das vierte Jahr in Folge, 23% aller Erwerbstätigen haben in den letzten 2-3 Monaten Lohnkürzungen oder eine Verzögerung der Auszahlung ihrer Löhne erlebt. Der politische Kurs des Kremls wird stetig autoritärer. Doch auch die parlamentarische Opposition hat nichts Besseres zu bieten als Putin, da sie entweder Kremltreu ist oder eine neoliberale Agenda verfolgt. Die „Kommunistische“ Partei steht Putin so nah, dass sie sogar Diskussionen mit dem Präsidialamt über ihren SpitzenkandidatIn bei den Präsidentschaftswahlen führte. Zwar konnten die imperialistischen Vorstöße Russlands in der Ukraine und Syrien eine Zeitlang von den innenpoliti-

schen Problemen ablenken, doch die Wut über die sozialen Probleme und die grassierende Korruption nehmen immer weiter zu.

Das Potential für eine Widerstandsbewegung wäre da. Dies zeigte sich u.a. im März des letzten Jahres, als sich diese Wut in Massenprotesten ausdrückte. Kampfbereitschaft gibt es vor allem unter Jugendlichen, die diese Proteste auch getragen haben. In einer kürzlich veröffentlichten Umfrage haben 28% aller russischen Jugendlichen angegeben, sich selbst als SozialistInnen zu sehen. Diese Bewegung blieb aber leider auf Grund des Fehlens von klaren Forderungen und einer Strategie sowie der enormen Repression des Regimes erfolglos. Viele in Russland werden von dem Ergebnis der Wahl und deren undemokratischen Charakter enttäuscht sein. Proteste, wie nach den letzten Präsidentschaftswahlen, sind im Bereich des Möglichen. Damit solch eine Bewegung erfolgreich ist, braucht es eine starke linke, sozialistische Kraft und demokratische Strukturen in der Protestbewegung. 101 Jahre nach der russischen Revolution ist dies notwendiger denn je zuvor.

Nicolas Prettnner



Wasserknappheit in Kapstadt

Die anhaltende Dürre und die Unfähigkeit der kapitalistischen Eliten, einfache Bedürfnisse zu stillen, machen das beschwerliche Leben in Kapstadt

der Democratic Alliance wurde bei der Infrastruktur gespart und nicht entwickelt. In Folge gehen täglich 106 Mio. Liter Wasser wegen maroder Leitungen

Gegen all diese Missstände kämpft unsere südafrikanische Schwesterorganisation (Workers and Socialist Party, WASP) in der 70 Organisationen umfassenden Water Crisis Coalition (WCC). Durch die Proteste musste der belgische multinationale Braukonzern Anheuser-Busch In-Bev bereits „seine“ Wasserquelle der Öffentlichkeit zugänglich machen. Darüber hinaus tritt die WASP für eine von demokratischen Komitees verwaltete öffentliche Wasserversorgung ein. Diese würde die Erhaltung, Reparatur und den Ausbau von Wasserleitungen sowie die Erschließung und nachhaltige Nutzung von vorhandenen Wasserquellen ermöglichen.

Lukas Kastner

Privatisierung und Profitinteressen beschränken in Südafrika den Zugang zu lebensnotwendigem Wasser.

nun noch mehr zur Hölle. Bereits jetzt ist der Wasserverbrauch auf 200 Liter pro Haushalt/Tag beschränkt (Westeuropa 120/Person). In erster Linie betroffen ist die ArbeiterInnenklasse in den Townships.

Zur Zeit der Apartheid sowie danach unter ANC bzw.

verloren. Zudem haben die Privatisierungen durch den ANC den Zugang zu Trinkwasser im ganzen Land reduziert. Jetzt soll mittels der Errichtung einer teils privaten und eigentlich unnötigen Entsalzungsanlage die Wasserkrise den Firmen zusätzliche Profite verschaffen.

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Schweden: Gegen Abschiebung

Zahid Baloch, politischer Flüchtling und Opfer von Folter aus Pakistan sowie CWI-Mitglied, war in Schweden Anfang Februar bei einer „internen Grenzkontrolle“ verhaftet worden. Die Rättvisepartiet Socialisterna (CWI Schweden) organisierte Proteste, um ihm lebenswichtige Medikamente in die Schubhaft bringen zu können, ein Arztbesuch wurde verweigert. Anfang März wurde er nach Norwegen deportiert, wo

ihm aufgrund eines negativen Asylbescheids nun die Abschiebung nach Pakistan droht. Dort war nicht nur er vom Militär misshandelt und sexueller Gewalt ausgesetzt gewesen, auch seine Familie war aufgrund seiner politischen Arbeit in Schweden Drohungen und Misshandlungen ausgesetzt. Internationale Solidarität ist nötig, Protestbriefe finden sich auf unseren Websites.

www.socialisterna.org

USA: LehrerInnenstreik

In West Virginia streikten die Lehrkräfte für mehrere Tage illegal und forderten 5% Lohnerhöhung für alle öffentlich Bediensteten. Im Hintergrund des Streiks standen niedrige Gehälter, Lehrkräftemangel und neoliberale Kürzungspolitik sowie ein neues Anti-Gewerkschafts-Gesetz. Der sogenannte „wildcat“-Streik wurde von der Basis der Lehrkräfte auf die Beine gestellt und breit unterstützt. Die Gewerk-

schaftsführung konnte über diese Basis-Organisation nicht nur unter Druck gesetzt, sondern eine neue, kämpferische Führung gebildet werden. AktivistInnen der Socialist Alternative (CWI USA) unterstützten den Streik und diskutierten mit LehrerInnen über den weiteren Verlauf des Arbeitskampfes. Weitere Proteste und Streiks in anderen Bundesstaaten sind bereits in Planung.

www.socialistalternative.org

Sri Lanka

Anfang März kam es zu Attacken auf muslimische Geschäfte und Häuser in Sri Lanka. Die Herrschenden setzen immer wieder auf Hetze durch die buddhistische und gegen die muslimische Community und das führt immer wieder zu Angriffen. Trotz Übergriffen auf ihre Aktionen tritt die United Socialist Party (CWI Sri Lanka) gegen rassistische Hetze und für gemeinsame Kämpfe der ArbeiterInnen aller Ethnien auf.

www.lankasocialist.com



„ÖsterreicherInnen zuerst“ schadet ÖsterreicherInnen

Im schwarz-blauen Doppelbudget 2018/19 ist der erste Eckpunkt „Sparen bei Nicht-Österreichern“. 920 Millionen sollen bei „Ausländern“ gekürzt werden. Dann folgen Attacken auf alle Lohnabhängigen, egal woher: Kürzungen bei AMS, Mindestsicherung, Altersteilzeit, Langzeitarbeitslosen usw. Das Budget ist ein

Jobs prekär und schlecht bezahlt sind). Wahr ist, dass die Herrschenden Migration zur Unterwanderung sozialer Standards nutzen. Sie holen Fachkräfte aus dem Ausland, um Ausbildungskosten zu sparen. Sie holen bzw. nutzen „GastarbeiterInnen“ als billige Konkurrenz für den Arbeitsmarkt ins Land.

te und Jobs der Rüstungsindustrie erhalten bleiben (als könnten diese Betriebe nichts sinnvolles produzieren), während Menschen aus Syrien vor österreichischen Waffen fliehen müssen. Er schweigt dazu, dass Konzerne wie OMV, Asamer oder Porr in Libyen durch Ausbeutung Millionengeschäfte machten, und

Mittelmeerroute, Abschiebungen in Kriegsgebiete,... – ist die wahre Utopie, denn durch Umweltzerstörung, Kriege, Armut etc. werden immer mehr gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Konzerne haben oft Werke in mehreren Ländern. Über koordinierte Aktionen der Beschäftigten an verschiedenen Standorten könnte man die Lohnspirale nach unten stoppen. Kämpfe für Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten usw., über die Grenzen von Nationalstaaten hinaus, können die Standortlogik kippen.

Als InternationalistInnen vertreten wir auch die Interessen der Lohnabhängigen, die aus anderen Ländern kommen – auch weil es nötig ist, um Rechte und Lebensstandard der österreichischen ArbeiterInnen zu verteidigen.

Die „Hausverstand“-Rechnung „zu wenig Jobs – Grenzen dicht/Ausländer raus – mehr Jobs für ÖsterreicherInnen“ geht offensichtlich nicht auf. Doch sie führt zur Spaltung der Lohnabhängigen in „In- und AusländerInnen“ – die doch alle ein grundlegendes Interesse teilen: Ihre Arbeitskraft möglichst teuer zu verkaufen.

Menschen ohne Arbeitserlaubnis haben keine Wahl, als ihre Arbeitskraft illegal zu verkaufen. Sie sind der Willkür noch stärker ausgeliefert. Maxi-

malarbeitszeit, Ruhezeiten, Sicherheitsbestimmungen, Kollektivverträge – all das existiert für sie nicht. Die perfekten Arbeitskräfte aus Unternehmenssicht, auch weil so Druck auf das Lohnniveau „legaler“ Beschäftigter entsteht. Wer schwarz arbeitet, wird bestraft – wer „Illegale“ beschäftigt, kommt meist ungeschoren davon. Unternehmen profitieren, wenn AsylwerberInnen in die Illegalität gedrängt werden – „österreichischen“ ArbeiterInnen schadet es aber nur.

Solange die Arbeitskraft eine Ware bleibt, wird sie, wie alle anderen Waren auch, gehandelt werden – ob legal oder illegal. Solange KapitalistInnen und ihre Regierungen über Migrationspolitik bestimmen, werden sie das nutzen, um den Preis dieser Ware zu drücken.

Unsere Forderungen müssen weiter gehen als bis zum Abschiebungsstopp, es geht um die Verteilung des Reichtums und die Organisation der Wirtschaft. Der Kapitalismus befriedigt nur die Bedürfnisse einer privilegierten Minderheit und geht dafür über Berge von Leichen. Nötig ist eine demokratische Planung der Produktion und Verteilung – in Österreich und weltweit –, die die Bedürfnisse der gesamten Menschheit ins Zentrum stellt.

Flo Klabacher

Die Standortlogik der Gewerkschaften führt sie im Umgang mit Migration an die Seite von Schwarz-Blau.

Angriff auf die gesamte ArbeiterInnenklasse und will mit Rassismus davon ablenken.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Lercher sagt: „Die FPÖ redet davon, den österreichischen Arbeitsmarkt vor Lohn- und Sozialdumping durch Massenzuwanderung zu schützen und dann holt sie 150.000 zusätzliche Zuwanderer ins Land“. Doch Lohn- & Sozialdumping gibt es schon lange, verschärft seit Beginn der Weltwirtschaftskrise – und unabhängig davon, wie viele MigrantInnen in Österreich ankommen.

2008-15 ist die Arbeitslosenquote fast ununterbrochen gestiegen. Ab 2015 (dem Jahr der „Flüchtlingskrise“) bleibt sie gleich bzw. sinkt sogar leicht (auch wenn die meisten neuen

Der ÖGB hat zu keinem Zeitpunkt versucht, diese Spaltung grundsätzlich zu bekämpfen. Jahrzehntlang ignorierte er die zugezogenen Arbeitskräfte sogar. Stattdessen forderten Spitzengewerkschafter eine Öffnung der SPÖ hin zur FPÖ. Auch wenn an der Basis viele GewerkschafterInnen Flüchtlingssolidarität mitorganisieren: Als Organisation hat der ÖGB diese Aufgabe ignoriert.

In seinem staatstragenden und sozialpartnerschaftlichen Selbstverständnis übernimmt der ÖGB die Logik des Kapitalismus. Um den Standort attraktiv zu machen, wird Flexibilisierungen und schwachen Abschlüssen zugestimmt. Er schweigt zu österreichischen Waffenexporten in Kriegsgebiete, damit Profi-

verzichtete darauf, Solidarität für die Bewegungen des arabischen Frühlings zu organisieren, die sich gegen diese Ausbeutung wehren. Jetzt sieht er es nicht als seine Aufgabe, jene Menschen zu vertreten, die aus diesen Regionen fliehen mussten, nachdem die Niederlage der Bewegungen in Kriege und Chaos mündeten.

Der arabische Frühling und Massenbewegungen in Griechenland, Spanien, Serbien, Bosnien,... versuchen die Situation vor Ort zu verbessern, also die Notwendigkeit von Migration zu bekämpfen. Sie werden von der ÖGB-Führung ignoriert. Die nehmen die Ursachen für Migration als unveränderbar hin.

Den Verlauf der Migration zu ändern – mit Obergrenzen, Schließung der

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Vor 170 Jahren, kurz vor den Revolutionen von 1848, verfassten Marx und Engels im Auftrag des Bundes der Kommunisten das Manifest der Kommunistischen Partei. Ihr Ziel war es, dem „Gespenst des Kommunismus“,

lung, die von den Auseinandersetzungen verschiedener sozialer Gruppen, den Klassenkämpfen, geprägt wird. Die moderne kapitalistische Gesellschaft schuf Reichtümer wie keine Gesellschaft zuvor. Reichtümer, die je-

Zehntel der Gesellschaft aufgehoben; es existiert gerade dadurch, dass es für neun Zehntel der Gesellschaft nicht existiert.“ Das Manifest nimmt Entwicklungen wie die Globalisierung vorweg und viele der behandelten Debatten auf der Linken sind auch heute aktuell. Und es ist kein Dogma, sondern ein politisches Programm zum Sturz des Kapitalismus auf Basis einer wissenschaftlichen Analyse der Geschichte, mit dem Ziel einer wirklich solidarischen Gesellschaft. Insofern ist es hochaktuell. Darum diese Neuauflage mit Vorworten von Marx, Engels und Trotzki.

Manuel Schwaiger

34 Seiten, A5,
um € 2.- (zuzüglich Porto)
unter slp@slp.at
zu bestellen.

Neuauflage: 170 Jahre

„Manifest der Kommunistischen Partei“ – ein Programm, das die Welt erschütterte.

das als Kampfbegriff die herrschende Politik erschreckte, ein konkretes Programm der kommunistischen/sozialistischen Bewegung entgegenzustellen. Sie beschreiben die Geschichte der Menschheit nicht als Geschichte einzelner großer Männer, sondern als eine Entwick-

doch nur den Interessen der herrschenden Klasse dienen, nicht jedoch den ArbeiterInnen, die dafür schufteten müssen: „Ihr entsetzt euch darüber, dass wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun

„Anders als die NGOs...“

Mit 12 habe ich angefangen über Gerechtigkeit nachzudenken und habe das erste Mal etwas von NGO's mit sozialen Zielen mitbekommen. Ich bin bei Amnesty aktiv geworden, hab mich viel mit Menschenrechten und Antirassismus beschäftigt. Ich war bei allen möglichen NGO's aktiv, speziell während der Flüchtlingsbewegung. Aber irgendwie kam mir alles oberflächlich vor. Ich hatte das Gefühl, all die-

se Organisationen behandeln nur Symptome von etwas, das tiefe Wurzeln hat und sich deshalb nicht viel ändern wird. Gleichzeitig gehen die Forderungen der meisten NGO's nicht weit genug. Deren Methoden gegen Ungleichheit und Unterdrückung waren nicht ermächtigend für die Menschen, um die es geht, sondern entmächtigend. Das ist nicht meine Art zu kämpfen, weil sie nicht

dem entspricht, was ich sinnvoll finde, um gegen Ungleichheit und Unterdrückung zu gewinnen. Als ich mir dann bei den Wahlen im Sommer die Wahlprogramme durchgelesen habe, bin ich zufällig auf die SLP gestoßen. Und hier wird mit all den Dingen, die mich bei den NGO's gestört haben, anders umgegangen

Ella Kempter,

21 Jahre,
Prekär Beschäftigte in Wien

Das internationale SLP-Sommerncamp: Spannend und entspannend zugleich!



Sommer, Sonne, Sozialismus: vom 19. bis 26. August werden wir wieder im Kinderland Feriendorf in Kärnten diskutieren, unsere AktivistInnen-Skills trainieren, aber auch baden, grillen und einfach Sommerurlaub machen. Das alles mit spannenden Leuten aus ganz Österreich, aber auch aus Deutschland und vielen internationalen Gästen, die von den Klassenkämpfen in ihren Ländern be-

richten werden. Für nur 180 € (150 € ermäßigt für Menschen ohne eigenes oder mit sehr niedrigem Einkommen) gibt es ein Bett, gutes Essen, unseren eigenen Seezugang, Fußballplatz...

Besonders gut hat es in den letzten Jahren auch Kindern gefallen!

Für weitere Fragen und
Anmeldungen unter
till@slp.at melden!

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Cuntra la Cultra'
Grieplatz 5

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café zur Brücke'
Vorstadt 18

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15; Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

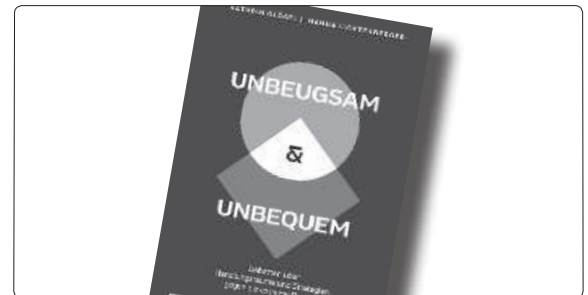
SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheim-
gasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)



Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Termine und Veranstaltungen:
www.slp.at

Andere über uns



Das neue Buch „Unbeugsam und Unbequem“ versammelt mehrere Debattenbeiträge zu antirassistischen Strategien. Mit dabei: Ein Beitrag über die Aktivitäten, welche die SLP auf Bezirksebene gegen FPÖ und Rechtsextreme organisiert. Wir setzen auf sichtbare Proteste und verbinden den Kampf gegen die rassistische Hetze mit dem Kampf für soziale Verbesserungen – sowohl auf Bezirks- als auch auf Bundesebene und international.

**Gibt es nicht
aus Profitstreben;
gibt es aus Überzeugung.**



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24.-
Sozial-Abo: € 14.-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7.-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000000000000000
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

Überwachen wir die Überwacher!

Der Ausbau der Überwachung ist die kleine Schwester der Aufrüstung – beides dient v.a. der Aufstandsbekämpfung.

Die Affäre rund um das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) hat alles, was eine Polit-Soap braucht: Sex, Crime, Intrigue, dubiose Connections, unterschiedlichste Aussagen, Osteuropa-Verbindungen, auch von Amtsmissbrauch und Umfärbungsaktion ist die Rede. Selbst ein Untersuchungsausschuss wird nicht wirklich aufdecken, wer wieviel Dreck am Stecken hat und wie tief die Verstrickungen in die rechte Szene sind.

Am Ende werden wohl Umstrukturierungen im gesamten Überwachungsapparat stehen, die in Richtung Zentralisierung (aktuell liegen die Aufgaben bei Bund und Ländern sowie bei unterschiedlichen Ministerien) gehen und mit VertreterInnen der beiden Regierungsparteien bestückt sind.

Mit Sicherheit hat das alles nur insofern zu tun, als damit die Herrschenden geschützt werden sollen. Auch wenn sie viel über „Terrorismusbekämpfung“

reden, geschützt werden die Daten der Großkonzerne (z.B. wo sie Steuern hinterziehen) während wir durchleuchtet werden. Geschützt werden die Profite der Reichen, während auf unsere Kosten gespart wird. Demokratie und Menschenrechte werden da ganz schnell geopfert. Diese zu verteidigen müssen wir schon selbst tun. Wenn wir uns auf die diversen Parlamentsparteien verlassen, haben wir schon verloren.

Sonja Grusch



Proteste der BABE-Beschäftigten

Mehr auf Seite 5



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.